



Knapp 40 Interessenten diskutierten am Dienstag über das Konzept der Rosenthaler Bürgerinitiative für ein überwiegend mit Holzhackschnitzeln betriebenes Nahwärmenetz. Auch sieben Stadtverordnete informierten sich, sie waren besonders eingeladen. Foto: Schilling

Holzhackschnitzel als Energieträger

Rosenthaler Bürgerinitiative stellt eigenes Konzept für ein Nahwärmenetz in der Innenstadt vor

Die Bürgerinitiative stellte ihr Konzept eines Nahwärmenetzes auf der Basis von Holz vor.

VON DR. KARL SCHILLING

Rosenthal. Wie lassen sich in der Burgwaldstadt erneuerbare Energien nutzen? Die Diskussionen der vergangenen Monate haben zu Ergebnissen geführt – seit dieser Woche liegen zwei Konzepte auf dem Tisch:

- Am Montag informierte Bürgermeister Hans Waßmuth Stadträte und Stadtverordnete bei einer nicht öffentlichen Zusammenkunft über die von der Stadt in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz mit Energie aus einer Biogasanlage. Ergebnis: Das Netz mit einem Hauptstrang entlang der Willershäuser Straße und einigen Nebensträngen würde sich rechnen. Wie berichtet, steht ein privater Investor schon bereit, der die Biogasanlage bauen will. Eine Million Kilowattstunden im Jahr sollen als Strom erzeugt werden, 1,2 Millionen Kilowattstunden sollen ans Wärmenetz abgegeben werden. Das könnte als Genossenschaft betrieben werden.
- Und am Dienstagabend hatte die Bürgerinitiative gegen eine Biogasanlage an der Willershäuser Straße die Parlamentarier eingeladen, um ihre Vorstellungen für ein umfassenderes Nahwärmenetz zu präsentieren, das genossenschaftlich gebaut und betrieben werden soll. Ihr Eckpfeiler ist die Energieerzeugung mit Holzhackschnitzeln – aber Biogas ließe sich ebenfalls ins System einbauen.

Eine Kombination beider Konzepte kann sich die Bürgerinitiative durchaus vorstellen, erneut bekräftigte sie, zu einem Kompromiss mit dem Investor kommen zu wollen. Bedingung: Die Biogasanlage dürfe wegen der zu großen Belastungen für die Anwohner gerade am Moosberg nicht an der Willershäuser Straße entstehen, was der Investor bislang strikt ablehnt: ein anderer Standort rechne sich nicht.

Arbeitskreis gebildet

Aus der Bürgerinitiative habe sich ein Arbeitskreis gebildet, der das Konzept ausgearbeitet habe, erläuterte Walter Mengel am Dienstag den knapp 40 Besuchern in der Sport- und Kulturhalle. Unter ihnen waren sieben Stadtverordnete – alle drei Fraktionen waren vertreten.

Dem Arbeitskreis gehören die beiden Berufsschullehrer Jens Kuehl und Wolfgang Schleiter, Jürgen Waßmuth, Ulrich Schleiter, Roland Doss und Helmut Obermann an, der bei HessenForst für die Restholzverwertung zuständig ist. Kuehl stellte



Energielieferant Holzhackschnitzel: Mit ihnen will die Rosenthaler Bürgerinitiative ihr Nahwärmenetz für möglichst die gesamte Innenstadt betreiben. Foto: Archiv

die Überlegungen im Kurzvortrag vor – siehe den Kasten. „Unser Konzept ist für die ganze Stadt gedacht“, betonte Prof. Pia Freyschmidt-Paul. „Wir kön-

nen alle Vorteile haben, und die Nachteile sind minimal“ – während bei der Biogasanlage nur der Investor einen Nutzen habe und „Schaden für viele“ entste-

he. Er nutze das Erneuerbare-Energien-Gesetz, um Geld zu machen, „und die anderen müssen leiden“. Der FDP-Stadtverordnete Dr. Wolfgang Lay frag-

te, ob die Initiative schon mit dem Bürgermeister gesprochen habe – am Montag sei deutlich geworden, dass die Planungen für die Biogasanlage schon weit gediehen seien, „für euch wird die Zeit eng“. Sie habe den Eindruck, Waßmuth schneide die Initiative von Informationen ab, sagte Freyschmidt-Paul, „wir haben das Gefühl, dass er für uns kein konstruktiver Ansprechpartner ist“, offensichtlich habe er nur das Ziel des Investors im Auge. Deshalb hoffen die Initiatoren bei den Stadtverordneten auf ein offenes Ohr.

Parlament noch nicht befasst

Das sicherte ihr der CDU-Fraktionschef Dirk Golde zu, nur: Offiziell seien die Stadtverordneten noch gar nicht mit dem Thema befasst, auch den Punkt Biogasanlage habe der Magistrat ihnen noch nicht vorgelegt. Sobald der Antrag ins Parlament komme, werde er in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Bauausschuss verwiesen und dort genau beraten. Es sei üblich, dabei „beide Seiten zu berücksichtigen und sich über beide Seiten zu informieren“, betonte Golde. Aber: „Es muss ein offizieller Vorgang her.“

Lay und Golde drängten die Bürgerinitiative daher, ebenfalls rasch einen Antrag an den Magistrat zu stellen und das Konzept vorzulegen. Dass verwunderte Walter Mengel: Bei der Gründungsversammlung im Juni habe es geheißsen, „Ihr habt noch Zeit“, jetzt solle es schnell gehen. Die Initiative bestehe erst ein Vierteljahr, während der Investor schon Jahre plane.

Er appellierte an die Stadtverordneten, „aus Fairnessgründen abzuwägen“, welche starken Belastungen auf die Bewohner etwa am Moosberg zukämen. Er listete nochmals Argumente gegen die Biogasanlage an diesem Standort auf, mehrere Mitglieder äußerten ihr Unverständnis, dass der Investor so starr an der Willershäuser Straße festhalte.

„Wir wollen Transparenz“

Auch eine jetzt offenbar geplante Verlagerung um 50 Meter bringe nicht viel. „Wir wollen Transparenz“, sagte Anwohner Karl Armbrüster, „es ist für uns unerträglich, wie mit unseren Ängsten und Sorgen gespielt wird, das kann man nicht so hinnehmen.“

Ob die Machbarkeitsstudie veröffentlicht werde, wollte ein Mitglied wissen. Golde sprach sich dafür aus. Und die Initiative will sich an die Arbeit machen und ihren Antrag formulieren.

Ihr Konzept hat die Bürgerinitiative unter www.energie-stadtrosenthal.wordpress.com im Internet zusammengefasst.

Nahwärme und Strom erzeugen

Das Konzept der Rosenthaler Bürgerinitiative

Das Geld des Dorfes dem Dorfe – auf das alte Raiffeisen-Motto hatte Hans Berttram aus dem Bioenergiedorf Oberrospe bei seinem Vortrag im September verwiesen. Jens Kuehl griff es auf, als er das Konzept für ein genossenschaftliches Nahwärmenetz vorstellte. Rosenthal liege relativ günstig, die Wege seien kurz, sagte der Diplom-Ingenieur. Die Wärme soll aus drei Kraftwerken kommen:

- Ein mit Hackschnitzeln befeuetes Wärmekraftwerk soll eine Leistung von einem Megawatt haben, damit ließen sich rund 150 Häuser anschließen. Um es zu betreiben, würden pro Jahr 2000 bis 3000 Schütt-raummeter Holz benötigt.
- Ein Blockheizkraftwerk soll Strom und die Wärme für die Sommermonate erzeugen. Befeuet werden soll es mit Stroh oder Hackschnitzeln.
- Für Spitzenlastzeiten im Winter und zur Sicherheit ist ein Reservekraftwerk geplant, das mit Stroh oder mit Öl betrieben werden könnte.

Die Größe der Kraftwerke solle aber dem Bedarf angepasst werden, sagte Kuehl. Das

Holz solle aus der Umgebung kommen. 2011 seien 1329 Raummeter Kronenholz im Stadtwald und 397 im Staatswald angefallen. Hinzu kämen Baum- und Strauchschnitt, Hackschnitzel von Privaten und vom Straßenrand, außerdem könne von Nachbar-kommunen und von HessenForst zugekauft werden. Auch Biogas könnte wie in Oberrospe in einem Blockheizkraftwerk verfeuert werden.

Vorteile des Netzes:

- Haushalte würden unabhängig von den Öl- und Gaspreisen und könnten preiswerter heizen, es gebe keine Kosten mehr für Schornsteinfeger oder die Inspektion der Heizung, und der Heizungsraum im Haus werde frei.
- Außerdem gebe es für heimisches Holz keine Transportkosten, es werde nachhaltig produziert, sei grundlastfähig und beim Verbrennen kohlendioxidneutral, sagte Kuehl.
- Die Genossenschaft stärke zudem das Gemeinschaftsgefühl in Rosenthal, Gewinne flössen zurück an die Genossen oder die Preise würden gesenkt. Die Wohnattraktivi-

tät Rosenthals erhöhe sich, der „ländliche Raum“ werde gestärkt, Wertschöpfung bleibe in der Region.

Nachteile des Netzes:

Der Aufwand für die Organisation sei groß, die Haushalte müssten einen Genossenschaftsbeitrag einzahlen – in Oberrospe liegt er bei 6000 Euro. Und die Stadt werde – wie Schönstadt – wohl ein halbes Jahr zur Baustelle.

Der Bau von Nahwärmenetzen werde gefördert von Bund und Land, dem Kreis, eventuell der Mittelstandsinitiative für dezentrale Energien „und hoffentlich von der Stadt Rosenthal“, sagte Kuehl.

Gelder der Europäischen Union seien über die Region Burgwald/Ederbergland zu erschließen, Geschäftsführer Stefan Schulte habe mitgeteilt, die Machbarkeitsstudie lasse sich zu etwa 50 Prozent mitfinanzieren, sofern die Stadt sie in Auftrag gebe, sagte Kuehl. Sie könne auf die bereits vorliegende aufbauen, es müssten nur mehr Daten erhoben werden. Die Studie sei erforderlich, um an Fördergelder für den Bau zu kommen.